



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/15 - 19.1.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Mangelnder Wille zur Wiedergutmachung	S. 1
Die Rechtsdiktaturen in Lateinamerika und die USA	S. 3
Paketsendungen und Erpressungspolitik	S. 5
Zum Tode Luise Eberts	S. 7

Vergessene Opfer

-n- Vor einiger Zeit äusserte ein ausländischer Beobachter in Bonn die Befürchtung, dass die ohnehin seit Jahren nur schleppend durchgeführte Wiedergutmachung an den Opfern des Nationalsozialismus nach Erlangung der "Souveränität" voll zum Erliegen kommen würde. Der zitierte Beobachter, der zur Zeit noch als Angehöriger einer Besatzungsmacht in Deutschland weilt, kennt seine Pappenheimer. Schließlich hatte er in den vergangenen Jahren genügend Gelegenheit, sich über die Wiedergutmachungsfreudigkeit jenes Staates, in dem Leute vom Schlage eines Rudolf Diels recht stattliche Pensionen beziehen, seine eigenen Gedanken zu machen.

Aber selbst, wenn man diesen gewiss nicht allzu fern liegenden Gedanken nicht weiter verfolgt, kann man sich heute nicht mehr eines sehr bitteren und schamerfüllten Gefühls erwehren; zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des deutschen Unrechtsstaates lässt sich die Bonner Regierung buchstäblich nur unter parlamentarischen Peitschenhieben zur gesetzgeberischen und verwaltungsmässigen Verankerung der Wiedergutmachung dieses Unrechts bewegen. Hinzu kommen das Ausweichen vor der Verantwortung, der Streit um die Kompetenzen und die Federfuchserie der Bürokraten bei der Frage, wen denn nun eigentlich die Schuld an dieser Misere trifft! Niemand will es gewesen sein: diese Parole galt damals, vor zehn Jahren, als die Opfer des NS-Regimes im Endspurt des tausendjährigen Reiches noch einmal unter die Knute genommen wurden, und sie gilt offenbar auch heute, da die Ursachen der Verzögerung der Wiedergutmachung untersucht werden. Der große politische Gedanke eines tätigen Willens zur Wiedergut-

19.1.1955

machung des gesamten Volkes gegenüber denjenigen, die in der "größten Epoche unserer Geschichte" mit Füßen getreten wurden, ist im Räderwerk der Finanzverwaltung weitgehend zunichte gemacht worden.

Im Ausland ist diese Entwicklung nicht übersehen worden. Man weist dort mit voller Berechtigung auf den Widerspruch zwischen der Erfüllungsfreudigkeit bei internationalen Verpflichtungen (Israel - Abkommen) und der Nachlässigkeit auf innerdeutschem Sektor hin. Sollte die exakte Durchführung des Israel - Abkommens womöglich nur deswegen so peinlich genau beachtet werden, weil diese Transaktion vor den Augen der Weltöffentlichkeit vor sich geht und eine Verzögerung das deutsche Prestige wesentlich herabmindern würde? Die Frage stellen, heißt den empfindlichsten Punkt dieses Gesamtkomplexes berühren.

Kann es sich die Bundesrepublik leisten, vom Ausland auf die innerdeutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen aufmerksam gemacht zu werden? Die Antwort ergibt sich von selbst. Bundeskanzler Dr. Adenauer mußte sich bereits von einer angesehenen und von ihm sehr geschätzten ausländischen Zeitung die Frage vorlegen lassen, warum er sich nicht persönlich der Sache der inneren Wiedergutmachung annähme, wie er es beim Reparationsabkommen mit Israel getan habe. Eine Antwort ist der Kanzler bis heute schuldig geblieben.

Im Übrigen soll zur Vervollständigung des Bildes anerkannt werden, dass sich angesichts der verfahrenen Situation die zuständigen Bundesbehörden in letzter Zeit erhebliche Mühe gegeben haben, den entstandenen unerfreulichen Eindruck zu beseitigen. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Bemühen auch bei den augenblicklich durchgeführten Beratungen über eine Novelle zum Bundesentschädigungsgesetz seinen vollen Niederschlag finden wird.

Südamerika - Sorgenkind der USA

O.L., New York, Mitte Jan

Es ist eine der Merkwürdigkeiten der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten und ihrer Reaktion auf außenpolitische Ereignisse, dass jede Unstabilität zum Beispiel in Frankreich mit Kopfschütteln, ja Missbilligung und mit offenerer Besorgnis aufgenommen wird, während die sich in den letzten Monaten verschärfenden Krisen in Mittel- und Südamerika als eine Selbstverständlichkeit hingenommen werden. In Wahrheit hat die Außenpolitik Eisenhower und Dulles' unter dem Druck der republikanischen Sparpolitiker der wirtschaftlichen Stabilität der von wirtschaftlichen Sorgen gepeinigten südamerikanischen Republiken weniger Aufmerksamkeit gewidmet, als die demokratischen Vorgänger des Präsidenten und Außenministers * Erst die kürzlich abgehaltene Konferenz, die die wirtschaftlichen Probleme Süd- und Zentralamerikas und vor allem mögliche Hilfsmaßnahmen der Vereinigten Staaten diskutieren sollte, hat mit einer unverhüllten Enttäuschung der meisten Teilnehmer geendet. * es taten.

Eine Krise folgt der anderen

So ist es nicht verwunderlich, dass in Südamerika eine Krise auf die andere folgt: dem Bürgerkrieg in Guatemala, der sich gegen das kommunistenfreundliche Regime richtete, das der Regierung der Vereinigten Staaten ein Dorn im Auge war, folgte die Präsidentenkrise in Brasilien, die mit Vargas Selbstmord und einer eindeutigen Schwächung seiner Partei endete; der Ermordung des Präsidenten von Panama dem nächsten dramatischen Akt, der noch nicht beendet ist - folgte der Ausbruch von Feindseligkeiten in Costa Rica, die freilich nicht unerwartet oder überraschend kamen.

In Guatemala war es strittig, ob Nachbarstaaten, vor allem Nicaragua oder bloss einheimische konservative, antikommunistische oder im wesentlichen von der berückichtigten United Fruit Company beeinflusst und ausgerüstete Elemente den Aufstand gegen die "Links"-Regierung des Präsidenten Arbenz begonnen hatten.

Aber Costa Rica ist ein anderer Fall. Die Regierung von Costa Rica ist eine der demokratischsten in Zentral- und Südamerika. Das

19.1.1955

Nachbarland Nikaragua wird von einer Rechtsdiktatur beherrscht. Von hier aus erfolgen die Angriffe gegen Costa Rica. Warum unternimmt die Regierung der USA, die sich so entschieden gegen beeinflusste kommunistische Regierungen wendet, nichts gegen die ebenso gefährlichen Rechtsdiktaturen?

Ein Telegramm der CIO

Die amerikanischen Gewerkschaften sind dem fortschrittlichen, gewerkschaftsfreundlichen Regime in Costa Rica rasch zur moralischen Hilfe geeilt: In einem Telegramm an Außenminister Dulles der CIO heißt es:

"Das Volk von Costa Rica und seine demokratische, antikommunistische Regierung verdienen die volle Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten gegen diesen nicht herausgeforderten, antidemokratischen Angriff auf ihre Souveränität und Einrichtungen. Wenn die Regierung von Costa Rica infolge dieses Angriffes fällt, dann wird die Sache der Demokratie nicht nur in Latein-Amerika, sondern auch in anderen unterentwickelten Teilen der Welt einen schweren Schlag erlitten haben. Überdies werden die wiederholt ausgedrückten Überzeugungen unserer Regierung und des amerikanischen Volkes, dass sie die demokratischen Institutionen in Lateinamerika unterstützen werden, in Frage gestellt und zerschanden werden.."

Washington hat sich in dem Konflikt bisher neutral gehalten, in einem Konflikt, in dem die große nordamerikanische Demokratie nicht neutral, sondern auf der Seite des Angegriffenen stehen sollte. Die demokratischen und antikommunistischen Kräfte in Zentralamerika waren bisher schon sehr ^{er}bittert über die guten Beziehungen, die zwischen Washington und der Rechtsdiktatur in Nikaragua bestanden. Denn ihre kriegerischen Absichten, ihre unverhüllten Tendenzen, einen Block der Rechtsdiktaturen in Lateinamerika zu formieren und auf diese Weise die Demokratie auszutilgen, sind unbestritten. Die bewaffnete Intervention gegen ein demokratisch gewähltes und mit demokratischen Mitteln regierendes System, wie das in Costa Rica, zeigt wieder einmal die Gefahr, die von den Diktaturen in Lateinamerika und auch anderswo ausgeht. Wo immer Rechtsextremisten in der Welt den Frieden stören, rufen sie an anderen Stellen der Welt Aktionen oder Intrigen der Kommunisten hervor. Wo immer die von den Vereinigten Staaten offiziell verfochtenen Grundsätze der Demokratie missachtet oder ausgetilgt werden, hilft das nur den kommunistischen Feinden der Demokratie und Freiheit.

Die Unsicherheit und Unstabilität Lateinamerikas ist eine sehr ernste Sorge für die Vereinigten Staaten. Denn der Atom-Krieg hat auch hier eine grundlegende Änderung der Situation herbeigeführt. In dem Maße, in dem die Welt kleiner geworden ist, ist Lateinamerika für Nordamerika wichtiger und als Hinterland unentbehrlich. Aber gerade dieses Hinterland ist politisch und wirtschaftlich instabil. * * * -5-

Blockierungstaktik in Pankow

Bei Berlin wird uns geschrieben

Heute kann niemand mehr den ausgesprochen politischen Hintergrund der neuen Aktivität Pankows übersehen, wie er in den herausgegebenen neuen Bestimmungen über den Versand von Geschenkpaketen in die Zone zum Ausdruck kommt. Schon in der eingeschränkten Bewegungsfreiheit von Westberlinern im Sowjetsektor war ein Versuch zu erblicken, auch die Bewohner Ostberlins von einem Besuch in die Westsektoren abzuhalten. Die neue Verordnung über die Geschenkpakete lässt keinen Zweifel mehr übrig, dass hinter der neuen Aktivität die Tendenz steht, trotz der so laut verkündeten Einheitspropaganda die Verbindung der Bevölkerung der Zone mit den Deutschen der Bundesrepublik zu blockieren.

Die drastische Einschränkung der Möglichkeit, von Westdeutschland aus Geschenkpakete in die Zone zu schicken, muß zunächst aus der propagandistischen Absicht Pankows verstanden werden, die Notwendigkeit einer materiellen Hilfe für die Zone abzustreiten, sich darüber hinaus aber einen Vorwand zu schaffen, den Pa ket- wie überhaupt den ganzen Postverkehr einer noch stärkeren Zensurkontrolle zu unterwerfen, als sie schon bisher existierte. Der kommunistische Staatssicherheitsdienst soll damit die Möglichkeit erhalten, eine effektive, totale Kontrolle durchzuführen, die anscheinend von Pankow im Hinblick auf den zu erwartenden neuen militärischen Kurs in der Zone als unumgänglich erachtet wird. Durchschnittlich wurden im Monat drei Millionen Pakete und Päckchen an Verwandte und Bekannte in der Sowjetzone geschickt; über Westberlin gingen davon allein 120 000 Stück. Theoretisch hat also jeder 5. Sowjetzoneneinwohner einmal im Monat ein Paket oder Päckchen aus dem Westen erhalten. Auf Familien umgerechnet, kann man wohl ungefähr sagen, dass jede zweite bis dritte Familie in der Zone monatlich einmal ein Geschenkpaket bekommen hat. Da natürlich die Streuung der Geschenkpakete nicht gleichmäßig auf die Zonenbevölkerung verteilt war, ist es einleucht-

tend, welche drastische Beschneidung der Hilfe aus dem Westen für unzählige Zonenfamilien, vor allem aber für die Alten in der neuen Bestimmung zu erblicken ist, dass künftig monatlich nur ein Paket aus dem Westen empfangen werden darf.

Das Ministerium für Innen- u. Aussenhandel teilte diese einschneidende Absperrungsmaßnahme in Form einer Durchführungsverordnung" zu den Bestimmungen über den Paketverkehr mit. Der Text der Verordnung ist dabei so unklar gehalten, dass jederzeit für die Kontrollbehörden die Möglichkeit zu Schikanen und brutaler Handhabung der Bestimmungen besteht. Gilt die Beschränkung auf monatlich ein Paket für den einzelnen Zoneneinwohner oder für den Haushalt bzw. jede Familie? Ist die Wertbegrenzung jedes Paketes auf 30,- DM in Ost- oder Westmarkpreisen zu verstehen? Der Text der Verordnung ist sogar so unklar, dass man auf den Gedanken kommen könnte, die Wertbegrenzung gelte vielleicht nur für die ebenfalls in der Verordnung erwähnten Paketsendung aus der Zone nach dem Westen. Die alten Bestimmungen über den zugelassenen Inhalt der Geschenkpakete sind nicht aufgehoben worden, durch die Wertbeschränkung praktisch aber außer Kraft gesetzt, wenn Ostmarkpreise zugrunde gelegt werden.

Es wäre Pflicht der Bundespost, so schnell wie möglich Klarheit über die wirkliche Reichweite der neuen Bestimmungen zu schaffen. Die Bundespost würde damit auch im weiteren Sinne politisch wirksam werden, da eine Klarlegung der einzelnen technischen Bestimmungen den kommunistischen Zensurbehörden weitgehend die Möglichkeit nehmen würde, je nach Auslegung der Verordnung Schikanen und Repressalien gegenüber der Zonenbevölkerung zu ergreifen.

Luise E b e r t

Als die junge Tabakarbeiterin Luise 1893 den arbeitslosen Sattlergesellen Fritz Ebert heiratete, war das der Beginn einer vorbildlichen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft.

Durch ihre energische, tatkräftige Hilfe ebnete sie Friedrich Ebert den Weg, der ihn schließlich an die Spitze der deutschen Arbeiterbewegung und nach 1918 an die Spitze des deutschen Reiches führen sollte.

Es war eine Freude zu sehen, mit wieviel menschlicher Wärme und natürlicher Würde und Autorität Luise Ebert den Platz der "ersten Dame des deutschen Reiches" ausfüllte. Dabei blieb sie immer einfach und bescheiden. Sie benutzte die hohe Aufgabe, die ihr im Staat geworden war, nicht - wie so mancher es tut - um eigene Kleinheit damit zu umkleiden, im Gegenteil, ihre starke und liebenswerte Persönlichkeit gab diesem Amt eine besondere Würde.

Ihr ganzes Leben lang bezauberte Luise Ebert die Menschen durch ihre kluge, warmherzige Art, durch die seltene Mischung von echter Bescheidenheit und selbstverständlicher Autorität.

Bis zu ihrem Lebensabend nahm sie tätigen Anteil an Arbeit und Kampf der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verliert mit Luise Ebert eine vorbildliche Kampfgefährtin, eine große, seltene und verehrungswürdige Frau.

Herta Gotthelf

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau